



Schön wenn es nur Sieger_innen gibt: Schulsenator Ties Rabe (SPD, v.l.), Barbara Duden (SPD), SPD-Fraktionchef Andreas Dressel, Grünen-Fraktionschef Anjes Tjarks, Stefanie von Berg (Grüne) und die Vertrauensleute der Volksinitiative Pit Katzer, Maik Findeisen und Sylvia Wehde im Rathaus

Die Volksinitiative hatte mithilfe ihrer vielen Unterstützer_innen innerhalb und außerhalb der Schulen in nur drei Monaten fast 25.000 Unterschriften gesammelt, die am 3. Mai 2017 beim Senatsamt abgegeben wurden. Zu den Unterstützer_innen gehörten eine Vielzahl von aktiven Eltern, Schüler_innen und Pädagog_innen sowie dreiundzwanzig Organisationen. In der Bürgerschaft haben sich DIE LINKE und die FDP hinter die Forderungen der Volksinitiative gestellt. Auch die CDU hat sich für eine Erhöhung der Lehrer_innenstellen für die Inklusion ausgesprochen.

Die Verhandlungen mit den Fraktionsvorsitzenden der SPD und der Grünen zogen sich dreieinhalb Monate bis Mitte Dezember 2017 hin. In über dreißig Verhandlungsstunden hat sich die Volksinitiative fachkompetent und hartnäckig für die Verbesserung der Inklusion für Hamburgs Schüler_innen eingesetzt.

Am 20.12.2017 beschloss die Hamburger Bürgerschaft die erzielte Einigung

- Über 300 Lehrer_innen, Sonderpädagog_innen, Erzieher_innen, Sozialpädagog_innen, Therapeut_innen und Pflegekräfte kommen schrittweise zusätzlich in Hamburgs Schulen, beginnend im Schuljahr 2017/18 mit den Klassenstufen VSK,1, 5,11.
- Für Schüler_innen mit dem Förderschwerpunkt Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung wird die Personalzuweisung um ein Viertel schrittweise erhöht, beginnend im nächsten Schuljahr mit den Klassenstufen VSK,1 und 5.
- Die Personalzuweisung wird beginnend mit den

Jahrgängen VSK, 1, 5,11 ab nächstem Schuljahr schrittweise so erhöht, dass bei drei Schüler_innen mit einer Behinderung in einer Klasse eine durchgängige qualifizierte Doppelbesetzung möglich ist.

- In ca. dreißig allgemeinen Schulen mit mindestens fünf Schüler_innen mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung werden ab Schuljahresbeginn 2018/19 in gleichem Umfang Therapie- und Pflegestunden für Schüler_innen mit einer Behinderung bereitgestellt wie in den entsprechenden speziellen Sonderschulen. Diese Schulen erhalten auch zeitnahe Pflege- und Therapieräume. Damit wird das bisher formale Recht auf Inklusion jetzt auch für Kinder mit Therapie- und Pflegebedarf zu einem realen Recht.
- Unsere Forderung nach zusätzlichen Räumen für Pflege, Therapie, Psychomotorik und Gruppenarbeit im Umfang von 8m² pro Schüler_in mit einer Behinderung wird bis zum Schuljahresbeginn 2018/19 ins Musterflächenprogramm übernommen und im Zuge von Neu- und Erweiterungsbauten sowie Sanierungen schrittweise umgesetzt.
- In den nächsten zehn Jahren werden insgesamt mindestens 100 Mio Euro für barrierefreie Schulen zur Verfügung gestellt. Davon stehen in den nächsten sechs Jahren mindestens 35 Millionen Euro für die Herstellung von Barrierefreiheit im Gebäudebestand einschließlich der Außenanlagen zur Verfügung.

Volksinitiative GUTE Inklusion